

# Die Flucht



## Warum Wolfgang Abendroth die sowjetische Besatzungszone verließ

Von Lisa Abendroth

Waldschmidtstr. 6  
60310 Ffm.

Beim Ordnen des Nachlasses meines Mannes<sup>1</sup> fiel mir die Durchschrift eines Briefes in die Hände, die ich für verloren hielt. Es handelt sich um den Brief, den Wolfgang Abendroth am 29. Dezember 1948 nach unserer Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone an seine ehemalige Dienstherrin, die Ministerin Torhorst, in Weimar schrieb.<sup>2</sup>

Aus zwei Gründen scheint es mir geboten, diesen Brief heute zu publizieren. Zum einen, um nach dem Brankrott des »real existierenden Sozialismus« all denen Mut zu machen, die trotz allem sozialistische Vorstellungen nicht preisgeben wollen, die begriffen haben, daß das bisherige System nur sehr bedingt Sozialismus realisierte, ja daß Sozialismus nur aufgebaut werden kann auf breiter demokratischer Basis und unter ständiger

demokratischer Kontrolle. Der zweite Grund für diese Publikation ist, daß ich klarstellen möchte, welche Haltung W. Abendroth einnahm zur Politik der SBZ und der späteren DDR, zur SED und zur DKP. Mir scheint das notwendig zu sein, weil ich nicht möchte, daß W. Abendroth von irgendeiner Seite unzulässig vereinnahmt wird. Ich halte mich mehr als alle anderen zu dieser Stellungnahme für kompetent, weil ich – verbunden mit W. Abendroth seit 1942, ständig mit ihm zusammenlebend seit unserer Heirat 1946 – über alle seine Handlungen informiert war. Es gab keine Aktion, keine Publikation, die nicht unter uns diskutiert worden war. Zeitweise war ich sein einziger politischer Gesprächspartner.

Über seinen politischen Werdegang hat W. Abendroth in seiner Autobiographie berichtet. Natürlich enthält dieser Bericht einige Lücken. Das ergibt sich einmal aus den Fragen der Interviewer.

Aber W. Abendroth hatte auch eine große Scheu, über persönliche Angelegenheiten zu reden. Ich bin überzeugt, daß es nie eine Biographie gegeben hätte, wenn man ihn nicht in einem Interview dazu genötigt hätte. Er nahm sich selbst nicht sehr wichtig. Auch seiner eigenen Familie gegenüber konnte er über bestimmte Erlebnisse nur sehr selten berichten, vor allem, wenn sie schmerzlicher Natur waren. So sprach er nie über die Behandlung, die ihm bei den Gestapoverhören widerfahren war. Was wir darüber wissen, stammt von seiner Mutter oder von einem Arzt, der durch eine geschickte Anamnese einiges erfragte. Zu diesen Dingen, über die er kaum sprechen konnte, gehörten auch seine Erfahrungen mit dem Stalinismus. Nur einige Male hat er mir gegenüber fast beiläufig erwähnt, daß schlimmer als alles, was er während seiner Haft im Dritten Reich erlebt hatte, für ihn der

Stalinsche Terror gewesen sei.

Es ist erstaunlich, wie gradlinig Abendroths politische Entwicklung verlief und wie eigenständig er in seinem Denken war. Marxismus war für ihn nie ein Dogma, sondern immer dialektische Methode. Schon in seinen ersten Publikationen 1926 und 1927 setzte er sich kritisch mit bisher allgemein akzeptierten marxistischen Anschauungen auseinander (z.B. in »Religion und Sozialismus«, in: »Freie Sozialistische Jugend«, Heft 4/1926, S. 57-59).<sup>3</sup>

An seiner einmal gewonnenen marxistischen Grundüberzeugung hielt er fest. Taktische Kompromisse konnte er gelegentlich eingehen; nie aber war er bereit, seine Grundsätze aufzugeben. Wie konsequent er darin war, zeigt seine Biographie. Er war und blieb bis zu seinem Tod immer das, was man manchmal einen Querdenker nennt. Zur »Linientreue« war er nicht fähig, und er war auch nicht gewillt, sich vorbehaltlos einer Parteidisziplin zu fügen. Dieses Verhalten führte zweimal zu Parteiaus-schlüssen, 1928 aus der KPD, 1961 aus der SPD.<sup>4</sup> Als ein Verhängnis der deutschen Arbeiterbewegung sah er ihre Spaltung an. Deshalb bekämpfte er die Sozialfaschismustheorie und RGO-Politik der KPD. Als Mitglied der KPO und später – am Ende der Weimarer Republik – der Gruppe »Neubeginnen« versuchte er im Abwehrkampf gegen den Faschismus eine Einheitsfront der Arbeiterparteien zustandezubringen. Diesen Inhalt hatte auch seine illegale Arbeit, die schließlich 1937 zu seiner Verhaftung führte. Die Einheitsfront entstand schließlich in den Zuchthäusern

<sup>1</sup> Der Nachlaß befindet sich im Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam.

<sup>2</sup> In seiner Autobiographie, die aufgrund eines Interviews mit Barbara Dietrich und Joachim Perels 1976 zustande kam (»Ein Leben in der Arbeiterbewegung«), wird dieser Brief erwähnt (S. 205), allerdings mit einem falschen Adressaten: Hilde Benjamin erhielt lediglich einen Durchschlag. Hilde Benjamin war damals in der Justizverwaltung Leiterin der Personalabteilung, später wurde sie Justizministerin der DDR.

<sup>3</sup> Uli Schöler hat mit wahrhaft kriminalistischer Gründlichkeit Publikationen Wolfgang Abendroths von vor 1933 aufgespürt und auch die verdienstvolle Bibliographie von Hans-Manfred Bock korrigiert und ergänzt, der außerdem einen sehr guten Nachruf geschrieben hat (Uli Schöler: Wolfgang Abendroth – Ergänzungen zu seiner Bibliographie mit einigen biographischen Anmerkungen, IWK Berlin 1988, Heft 2, S. 213-234; Hans-Manfred Bock: Wolfgang Abendroth [1906-1985]. Nachruf und bibliographischer Überblick, IWK Berlin 1985, Heft 4, S. 482-500).

<sup>4</sup> Die Gründe sind in der Biographie »Ein Leben in der Arbeiterbewegung« nachzulesen.

Prof. Dr. W. Abendroth

z.Zt. Bremen, den 29.12.1948  
Grossbeerenstr.18 bei Hörmeyer

An den Minister für Volksbildung  
des Landes Thüringen  
Frau Dr. Torhorst  
(15b) Weimar

Sehr verehrte Frau Minister!

Die Entwicklung der Berliner Krise hat seit der vollen Teilung der Verwaltung durch die Errichtung des Ostmagistrats zu einer Lage geführt, in der sich die Politik der DWK, der Landesregierungen und der politischen Parteien der Ostzone m.E. rechtlich nicht mehr vertreten lässt. Es ist unmöglich, vom völkerrechtlichen oder besatzungsrechtlichen Standpunkt aus Massnahmen zu rechtfertigen, die der Konzeption der Vier-Mächte-Erklärungen vom 5.6.45 und der Potsdamer Beschlüsse über die gemeinsame Verwaltung Deutschlands als einer Einheit und den Bestimmungen der von der Interalliierten Kommandantur erlassenen Verfassung der Stadt Berlin offensichtlich zuwiderlaufen. Es gibt keinen Weg, vom demokratischen Standpunkt aus die Bildung des Ost-Sondermagistrats zu verteidigen, nachdem die Westberliner Wahlen den wirklichen Willen der überwältigenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung unzweideutig gezeigt haben. Es scheint mir endlich undenkbar zu sein, die systematische Vertiefung des Entwicklungsgegensatzes zwischen den Zonen durch Zerschlagung der letzten Möglichkeiten gemeinsamer Verwaltung in der 4-Mächte-Stadt Berlin mit der Forderung der Einheit Deutschlands, die der Volkskongress zu verfechten vorgibt, zu vereinen.

Ich habe seit langer Zeit den Gegensatz zwischen den Normen der Verfassungen und Gesetze der sowjetischen Besatzungszone und der politischen Praxis, den Gegensatz zwischen der demokratischen Theorie des Verfassungsentwurfes des Volkskongresses, in dessen Verfassungsausschuss ich berufen wurde, und dem undemokratischen Ausschluss freier politischer Diskussionsmöglichkeit im politischen Leben der Zone mit größter Sorge beobachtet. Solange ich hoffen konnte, daß sich dieser Gegensatz durch die praktische Arbeit der Volksvertretungen und vor allem durch das Erwachen des demokratischen Lebens in den Massenorganisationen der arbeitenden Bevölkerung beheben werde, konnte ich es vor meinem Gewissen verantworten, das öffentliche Recht an den Universitäten der sowjetischen Besatzungszone zu vertreten. Die jüngste Entwicklung hat jedoch eindeutig erkennen lassen, dass zu dieser Hoffnung kein Anlass mehr besteht, weil zur Bildung eines eigenen politischen Willens der Mitglieder der Parteien und Gewerkschaften angesichts der straffen Lenkung durch die auf das Vertrauen der Besatzungsmacht gestützten Leitungen, der häufigen Eingriffe durch Verhaftungen und der Unmöglichkeit, andere als die jeweils von der Besatzungsmacht und den leitenden deutschen Behörden gewünschten Meinungen in Presse, Rundfunk und Versammlungen öffentlich zu äussern jede Voraussetzung fehlt und weil die Volksvertretungen unter diesen Umständen nicht wirksam werden können.

Bei Fortführung meines akademischen Lehramts würde ich in dieser Lage lediglich die Studenten in Gewissenskonflikte verwickeln. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, dem Ministerium meinen sofortigen Rücktritt zu erklären und um meine Entlassung aus meinem Amt zum 31.12.1948 zu bitten.

Ich habe gleichzeitig seine Magnifizenz den Herrn Rektor der Friedrich-Schiller-Universität und seine Spektabilität den Herrn Dekan der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät von diesem Entschluss in Kenntnis gesetzt. Da meine Vorlesungen bis zum Beginn der Weihnachtsferien in ihren allgemeinen Teilen abgeschlossen waren und in der von mir veranstalteten Uebung die erforderliche Mindestanzahl von Arbeiten schon geschrieben ist, wird die Anrechnung der Vorlesungen für die Studenten und die Ausstellung von Übungsscheinen möglich sein.

Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich ausdrücklich betonen, dass dies Schreiben keine Ablehnung der Grundgedanken der Oktoberrevolution und des Sozialismus enthält, für die ich stets eingetreten bin und weiter ebenso entschieden eintreten werde, wie ich es in der illegalen Arbeit während des Dritten Reiches, im Zuchthaus und im Strafbataillon und als Mitkämpfer der griechischen Partisanen getan habe und dass es mir fernliegt, mich mit der Rechtsauffassung oder Politik irgendeiner Besatzungsmacht zu identifizieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr sehr ergebener  
gez. W. Abendroth

und Konzentrationslagern und der Strafdivision 999. Da spielte es keine Rolle mehr, zu welcher Fraktion jemand gehört hatte. Im Kampf gegen den Faschismus waren sie alle auf die absolute Solidarität der anderen angewiesen. Die Erfahrungen aus dem Dritten Reich haben W. Abendroth entscheidend geprägt. Solidarität gegenüber jedem politisch Verfolgten, ganz gleich, welcher Partei oder Organisation einer angehört hatte, war ihm eine Selbstverständlichkeit.

Noch während der Kriegsgefangenschaft im Oktober 1946 wurde Abendroth Mitglied der SPD.<sup>5</sup> Dieser Parteieintritt war natürlich eine bewußte Distanzierung von der SED, deren Gründung im April 1946 stattgefunden hatte. Abendroth war auch jetzt noch für eine Einheitsfront, d.h., eine Arbeiterpartei. Aber er wollte sie verwirklicht sehen aufgrund eines demokratischen Konsenses und nicht durch ein Oktroi, durch das die SED zustande gekommen war. Durch die Gründung der SED war die SPD in der sowjetischen Besatzungszone streng illegal. Das wußten wir, als wir kurz vor Weihnachten 1946 nach Potsdam zu meinen Schwiegereltern fuhren. Auch Abendroths einzige Schwester lebte dort mit ihrer Familie. Es war nicht unsere Absicht, länger als sechs Wochen dort zu bleiben. Daß aus dieser Zeit in der SBZ dann genau zwei Jahre wurden, hat neben den Gründen, die mein Mann in der Autobiographie angibt, noch private, die allerdings auch politisch motiviert waren. Abendroth hatte eine sehr enge Beziehung zu seiner Familie. Mit der Hilfe seiner Eltern konnte er immer, vor allem während seines Widerstandes und seiner Haftzeit, rechnen. Ganz besonders eng war seine Bindung an seine Mutter. Außer seinen Eltern und mir wußten nur noch ein Freund in Westberlin und natürlich das Berliner Parteibüro in der Zietenstraße von der Mitgliedschaft in der SPD. Mehr Mitwisser wären ein unverantwortliches Risiko gewesen.

Abendroths Absicht, so schnell wie möglich das Assessorexamen nachzuholen, verzögerte sich. Die Gründe dafür sowie die Entwicklung in der SBZ während unseres Aufenthaltes dort hat Abendroth in der Biographie mitgeteilt.<sup>6</sup> Hier sollen nur einige Ergänzungen gegeben werden. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges in den Jahren 1947/48 wurde auch unsere Situation in der Zone immer brisanter. Da Abendroth sich auch auf ständiges Drängen weigerte, in die SED einzutreten, machte er sich mit seiner politischen Herkunft verdächtig.

die den Spitzen der SED natürlich bekannt war, zumal er sie in etlichen Fragebögen gar nicht verheimlicht hatte. Nicht angegeben hatte er aus verständlichen Gründen nur seine Mitgliedschaft in der SPD. Man bot ihm verschiedene einflußreiche Parteiämter an, wenn er eintreten würde. Daß er nicht allzusehr von der »Linie« abweichen könne, dafür würde man schon sorgen. Diese Aufforderungen waren mit dem Angebot verbunden, unsere Lebensverhältnisse wesentlich zu verbessern. Sie waren erstaunlich gut über unsere Lage informiert, wußten, daß wir immer noch – bis zum August 1947 – in der Zweizimmerwohnung der Schwiegereltern wohnten; sie wußten sogar, daß im September 1947 unser erstes Kind geboren werden sollte. Alle diese Angebote lehnten wir selbstverständlich ab. Aber man sieht daran, wie gut der Überwachungsdiens schon damals funktionierte.

Es war uns klar, daß wir in absehbarer Zeit die Zone verlassen mußten. Wir hatten inzwischen erfahren, daß auch ehemalige Widerstandskämpfer wegen angeblicher Kontakte zu den Westmächten verhaftet worden waren. Solche Beziehungen Abendroth zu unterstellen, war ein Leichtes, war er doch nicht nur in englischer Kriegsgefangenschaft gewesen, sondern obendrein noch im Umerziehungslager in Wilton Park in England. Es war uns auch bekannt, daß die NKWD in Einzelfällen Sippenhaft anwandte. Das Problem war nun, die Zone zu verlassen, ohne die Verwandtschaft in Potsdam zu gefährden. Es gab bis zum Sommer 1948 eine Möglichkeit zur legalen Ausreise, die galt für Hochschullehrer, die einen Ruf in den Westen erhalten hatten. Uns waren mehrere Fälle bekannt, in denen das geglückt war. Wir blieben deshalb in Potsdam-Babelsberg auch in der Zeit wohnen, in der W. Abendroth Dozent in Halle und im Sommersemester 1948 Professor in Leipzig geworden war. Wir waren damals eher bereit, eine Wochenendehe zu führen, als unseren Wohnsitz in unmittelbarer Nähe von Westberlin aufzugeben. Aber dann klappte auch dieser Ausweg nicht mehr. Abendroth nahm einen Ruf als Staatsrechtslehrer an die Universität Jena zum Wintersemester 1948/49 an und wir zogen nach Jena um, aus keinem anderen Grund, als nach Semesterschluß – geplant war März 1949 – in den Westen zu gehen, ohne die Familie in Schwierigkeiten zu bringen. Unser Aufenthalt in Jena dauerte dann nur zwei Monate – von Anfang Oktober bis Anfang Dezember 1948. Er stand von Anbeginn unter

einem schlechten Stern: Ich wurde sehr krank und mußte für ein paar Wochen ins Krankenhaus. Mein Mann zog sich den Unwillen der Russen in hohem Maße zu, weil er in einem Verwaltungsgutachten den Russen Rechtswidrigkeiten nachgewiesen hatte. Der Vorgang war folgender: Die Russen hatten einen Philosophen fristlos entlassen, der Mitglied der Personalvertretung der Universität war. Damit hatten sie gegen ihre eigenen Normen verstoßen, und das hatte Abendroth moniert. Er bekam wieder quasi den Befehl, in die SED einzutreten und wurde deshalb extra zur Thüringischen Landesregierung nach Weimar bestellt. Den Ausschlag für unsere plötzliche Flucht aber gab die Verhaftung eines Kuriers des Ostbüros der SPD.<sup>7</sup> Dieser Kurier hatte Abendroth einmal in der Wohnung seiner Eltern aufgesucht; ein anderer war zweimal in unserer Wohnung in Babelsberg gewesen. Das Gespräch mit ihm fand in meiner Gegenwart statt. Natürlich hat Abendroth keine Spionage betrieben oder gar Sabotage vorbereitet! Er berichtete nur von seiner Tätigkeit als Hochschullehrer in Halle und Leipzig und von der Stimmung unter den Studenten, die damals noch sehr kritisch war. Der Kurier selber riet uns dringend, bei dem geringsten Verdacht einer Verhaftung zu fliehen.

Die Gefahr einer Verhaftung bestand während unseres gesamten Aufenthaltes in der Zone. Hätte die NKWD von der SPD-Mitgliedschaft erfahren – die deutschen Stellen leisteten nur Hilfe in solchen Fällen –, dann war damit zu rechnen, daß mein Mann irgendwie verschwunden wäre. Die Verhaftungen erfolgten meistens abends oder nachts auf der Straße oder in der Wohnung. Die Angehörigen erfuhren nicht den Aufenthalt des Betroffenen. Ich, die ich ja keine Erfahrung mit Illegalität hatte, wurde nun genauestens instruiert, wie ich mich mit dem Kind in Sicherheit bringen konnte, mit welchen Stellen ich sofort Kontakt aufnehmen mußte, um sicher in den Westen zu gelangen. Aber als dann die prekäre Situation eintrat, galten alle diese Vorschriften nicht. Hier kurz der Zeitablauf: Am 4. Dezember 1948 erfuhren wir abends aus einer Zeitung von der Verhaftung des Kuriers. Am 5. Dezember fuhr mein Mann zu seiner schwer erkrankten Mutter nach Babelsberg. Von dieser Reise wußte die Universitätsverwaltung, weil man nur mit behördlicher Genehmigung einen D-Zug benutzen konnte. Seine Rückkehr nach Jena war für den 8. Dezember



abends geplant; das blieb aber im Ungewissen. Am 6. Dezember spät abends fahndete man nach ihm in unserem Haus. Am 7. Dezember besprach ich mich mit dem Dekan der Fakultät, dem wir vertrauen konnten, dem Volkswirt Andreas Paulsen, der bald nach uns Jena verließ und Professor an der Freien Universität Berlin wurde. Natürlich sagte ich nichts von der SPD-Mitgliedschaft und von der Verhaftung des Kuriers, sondern nur, daß man nach Abendroth gesucht hatte. Er riet mir, keine Kurzschlußhandlung zu begehnen und Abendroths Rückkehr abzuwarten. Etwas anderes blieb mir auch gar nicht übrig, weil ich meinen Mann über das Geschehene gar nicht informieren konnte. Am späten Abend des 8. Dezember kam er zurück. Ich erzählte ihm kurz, was vorgefallen war, und er entschied, daß wir sofort die Wohnung verlassen müßten. Ich hatte das Notwendige, unsere Papiere, vor allem aber Lebensmittel und Wäsche für unsere 1-jährige Tochter bereits gepackt, und innerhalb einer halben Stunde nach seiner Rückkehr verließen wir die Wohnung. Wir gingen zu Paulsen und blieben dort, bis der erste Zug in Richtung Berlin fuhr. Da wir keine Sondergenehmigung hatten, konnten wir nur den Personenzug benutzen. Wir fuhren kurz nach 4 Uhr morgens ab und kamen endlich nach zahlreichen Kontrollen gegen 23 Uhr in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof an. Wir fuhren zu einer Freundin, die Genossin war und als Ärztin in Berlin-Nikolassee praktizierte. Mit ihr hatten wir vor unserem Umzug nach Jena vereinbart, zu ihr zu kommen, falls wir

flüchten müßten. Das Ostbüro versorgte uns mit Lebensmittelmarken und ließ uns Westgeld; durch das Büro erhielten wir auch Flugtickets. Etwa 10 Tage später flogen wir mit einem sogenannten »Rosinenbomber« – es war ja schon Berlin-Blockade – vom Flughafen Gatow zum Militärflughafen Poggenhagen bei Wunstorf in der Britischen Zone. Von da aus fuhren wir zu meinen Eltern nach Bremen.

Unser Aufenthalt in der Sowjetischen Zone hatte genau zwei Jahre gedauert. Unsere Wohnung in Jena wurde versiegelt, unsere Konten wurden beschlagnahmt. Später wurde in Jena und der SBZ das Gerücht verbreitet, Abendroth hätte gar nicht zu gehen brauchen; er hätte nur seiner hysterischen, bürgerlichen Frau nachgegeben. – Allerdings wurde uns während unserer Zeit in Nikolassee durch eine Bekannte von Hilde Benjamin, die von unserer Flucht erfahren hatte, ein Angebot gemacht. Abendroth sollte zurückkommen, er könne jede Professur haben, wo immer er wolle, und sein Weggehen hätte auch keinerlei Konsequenzen. Natürlich ging Abendroth nicht darauf ein. Aber das war der Grund, weshalb Hilde Benjamin einen Durchschlag des Briefes erhielt. – Ich glaube, unser Weggang aus der SBZ war kein bloßes »Weggehen«, kein »Übersiedeln«, sondern eine regelrechte Flucht – selbst wenn die DDR das bis heute nicht wahrhaben will und auch einige Linke hier in der BRD das gern verdrängen.

Ich glaube, Wolfgang Abendroth hat sein Versprechen gehalten, die Grund-

gedanken des Sozialismus nicht preiszugeben. Er ist nie ein Kalter Krieger geworden, hat immer Solidarität gehalten auch gegenüber Genossinnen und Genossen, deren Auffassungen er nicht teilte. Das tat er gegenüber Kommunisten im Amnestieausschuß und im Berufsverbotskomitee. Er gab auch nicht seine Vorstellung auf, daß Demokratie eine notwendige Voraussetzung des Sozialismus ist. Er protestierte öffentlich gegen den Einmarsch in die ČSSR 1968, gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976. Er schrieb persönliche Briefe an Albert Norden und Erich Honecker<sup>8</sup>, an den letzteren mit der Bitte, Bahro aus der Haft zu entlassen; er erinnerte Honecker daran, daß man niemanden wegen seiner Gesinnung einsperren darf, sondern daß man mit ihm diskutieren müsse. Das Verhältnis der SED – aber auch der DKP, deren Neugründung er übrigens 1968 heftig kritisierte – zu Wolfgang Abendroth war immer ambivalent: Mal lobten sie ihn als Bündnispartner, mal bezeichneten sie ihn als »bürgerlichen Historiker« und verboten ihm die Einreise in die DDR. Alfons Steiniger bezeichnete ihn sogar 1949 nach unserer Flucht als »pseudomarxistischen Trotzkiten«.<sup>9</sup> Auch seinen Tod nahm die offizielle DDR nicht zur Kenntnis. Erst Karl-Heinz Schöneburg, ein Staatsrechtler der DDR, versuchte Abendroth 1987 in einem längeren Artikel zu würdigen.<sup>10</sup> ❖

<sup>5</sup> Siehe »Ein Leben in der Arbeiterbewegung«, S. 199, und Matthew Barry Sullivan: Auf der Schwelle zum Frieden. Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien 1944-1948, Ullstein-Sachbuch Nr. 34205, Frankfurt-Berlin-Wien 1984, S. 282 f. Übrigens trat Abendroth auf Anraten seines damaligen Freundes Richard Löwenthal in die SPD ein. In dessen Londoner Wohnung traf er sich mit der Labour-Abgeordneten Jenny Lee, der Frau von Ancurin Bevan. Das Parteibuch ist auf den 1.1.1947 in Berlin ausgestellt und befindet sich mit den übrigen Dokumenten aus der SBZ im Amsterdamer Institut.

<sup>6</sup> »Ein Leben in der Arbeiterbewegung«, S. 196-205.

<sup>7</sup> A.a.O., S. 205

<sup>8</sup> Von dem Brief an Norden befindet sich eine Abschrift in Amsterdam, von dem an Honecker habe ich im Nachlaß keine Durchschrift gefunden. Natürlich hat er auf diese Briefe nie eine Antwort bekommen.

<sup>9</sup> In: »Neue Justiz«, 3. Jahrgang, Heft 5/1949, S. 122. Alfons Steiniger war vor 1933 juristischer Mitarbeiter der »Weltbühne«, habilitierte sich 1948 in Berlin und war bis zu seiner Emeritierung der führende Völkerrechtslehrer der Humboldt-Universität.

<sup>10</sup> Karl-Heinz Schöneburg: Wolfgang Abendroth (1906-1985). Kein staats- und rechtstheoretischer Nekrolog, in: Staat und Recht, Nr. 7 (1987)